

Angepöbelt und verprügelt, weil sie

Homophobie Beide haben schon erlebt, was es heisst, als schwuler Mann ausgelacht oder gar angegriffen zu werden. Homophobe Gewalt nehme zu, stellen Michel Rudin und Roman Heggli fest. Spezifische Statistiken sollen diesen Eindruck nun erhärten.

Stephan Künzi

Eigentlich hatte sich Michel Rudin auf ein paar gemütliche Stunden in seiner alten Heimat gefreut. Doch was er an jenem Abend erlebt hat, ist ihm bis heute in Erinnerung geblieben. Allerdings in nicht sonderlich guter, wie er über Twitter und anschliessend im Gespräch mit dem Lokalfernsehen TeleBärn öffentlich machte: Mitte November traf sich der 34-Jährige mit einem Freund aus Jugendjahren zum Essen in einem Lysser Restaurant. Neben an war einer Gruppe von acht Männern die Anwesenheit der beiden schwulen Gäste nicht entgangen. Die ganze Zeit über machten sie sich lustig über sie, liessen schlüpfrige Bemerkungen fallen, pffiften dem Kollegen gar hinterher, als er zur Toilette ging.

Direkt angegangen worden seien sie von der Gruppe zwar nicht, hält Rudin heute, fast einen Monat später, im Rückblick fest. Gesessen hätten die Worte trotzdem. «Sich im Innersten seines Wesens derart blossgestellt zu sehen, ist enorm verletzend. Das wirkt nach.» Michel Rudin weiss, dass er die Jünglinge, die mit ihren schätzungsweise 20 bis 25 Jahren gerade erst dem Teenageralter entwachsen waren, eigentlich hätte zurechtweisen müssen. Das Überraschungsmoment liess ihn aber schweigen, «wir waren beide völlig perplex». Auf die Frage, wie die Gruppe überhaupt auf den Gedanken kommen konnte, zwei Schwule neben sich zu haben, stellt er gleich klar: Nein, sie seien kein Paar. «Es war ein ganz normales Abendessen unter guten Kollegen, nichts mehr und nichts weniger.»

Wahrscheinlich, mutmasst er weiter, habe die feminine Ausstrahlung seines Gegenübers die acht auf den Gedanken gebracht.

Attacke um Attacke

Das mag sein. Vielleicht lag es aber genauso auch daran, dass man ihn kennt. Nicht nur als grünliberalen Politiker, der bereits Parlamentarier in Lyss und Grossrat in Bern war: Seit drei Jahren führt Michel Rudin als Co-

«Sich im Innersten seines Wesens derart blossgestellt zu sehen, ist enorm verletzend.»

Michel Rudin
Co-Präsident Pink Cross

Präsident die schwule Lobbyorganisation Pink Cross, und schon zuvor machte er kein Geheimnis daraus, dass er anders fühlt als die grosse Mehrheit der Männer in seinem Alter. Das bekommt er immer wieder zu spüren. Der Vorfall in Lyss war bereits der dritte seiner Art. Er ist bei weitem nicht der Einzige,



Zu Hause in Lyss ist es nicht immer gemütlich: Michel Rudin wurde in einem Restaurant aufs Übelste beleidigt. Foto: Adrian Moser

dem solches widerfährt. «Gewalt- und Hassdelikte gegen Schwule, Lesben und Bisexuelle nehmen seit einiger Zeit wieder spürbar zu», hält in der Pink-Cross-Zentrale Geschäftsleiter Roman Heggli fest. Dass es nicht immer bei verbalen Attacken bleibt, zeigen Schlagzeilen aus den letzten Monaten. Im Mai at-

tackierten Jugendliche in Zürich einen Stand, mit dem Aktivisten am Tag gegen die Homophobie für ihre Sache einstanden. Im Juni griffen Unbekannte ebenfalls in Zürich ein schwules Paar an, das von der grossen Party nach der Gay Pride heimkehrte. Im September kam es wieder in Zürich zum dritten Übergriff: Zu

fünft drosch eine Bande auf einen schwulen Mann ein, der gerade seinen Freund geküsst hatte. Das Resultat waren ein blaues Auge, eine gebrochene Nase und zwei herausgeschlagene Zähne – «weil ihr schwul seid», wie das Opfer hörte.

«Auch ich», sagt der Geschäftsleiter Roman Heggli bei

Pink Cross, «konnte mich einmal nur noch gerade wegbücken und davonrennen.» In den letzten Jahren, fügt er an, sei er noch zwei weitere Male in ähnlicher Art angegangen worden. Zum Glück nur verbal, was die Sache allerdings nicht besser mache: «So direkt vor Augen geführt zu bekommen, dass nicht akzeptiert ist, wie

Spitalwesen unter Beobachtung

Kanton Bern Der Grosse Rat verlangt eine Auslegeordnung zur Berner Spitallandschaft. Er befürchtet, dass die Kliniken ihre rege Bautätigkeit langfristig nicht mehr selber finanzieren können.

In der Diagnose waren sich die Berner Grossrätinnen und Grossräte gestern einig. Im Spitalwesen läuft derzeit so manches falsch. Immer höhere Gesundheitskosten, unrentable Unternehmen sowie Hunderte Millionen Franken, die in Spitalinfrastruktur verbaut werden. Wie man diesen Problemen allerdings begegnen soll, darüber herrschte im Kantonsparlament Uneinigkeit. Während linke Politiker die Regierung in der Verantwortung sahen, wollten die Bürgerlichen keine voreiligen Schlüsse ziehen. Klar ist, dass SVP-Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg nun eine Auslegeordnung der aktuellen Situation erstellen muss. Schliesslich ist

der Kanton Allein- oder Mehrheitsaktionär der meisten Berner Spitäler – und könnte damit auch bei einem möglichen Konkurs eines Unternehmens in die Bresche springen müssen.

Das Thema aufgeworfen hat die Geschäftsprüfungskommission. Präsident Peter Siegenthaler (SP, Thun) verwies gestern auf einen Bericht des Beratungsunternehmens PWC, der kürzlich publiziert worden ist. Darin ist ersichtlich, dass die meisten Spitäler auch im letzten Jahr zu wenig Geld erwirtschaftet haben, um ihre Ausbau- oder Umbauprojekte selber finanzieren zu können. Alleine im Kanton Bern werden derzeit über 1,2 Milliarden Franken investiert. Die Folge dieses



«Davor sollten wir nicht die Augen verschliessen.»

Peter Siegenthaler (SP)
Präsident Geschäftsprüfungskommission

Ungleichgewichts: Die Unternehmen leben von ihren Reserven.

Mehr Steuerung

«Davor sollten wir nicht die Augen verschliessen», sagte Siegenthaler. Es sei aus unternehmerischer Sicht zwar verständlich, wenn die einzelnen Spitäler in Neubauten investierten, um die Prozesse effizienter zu gestalten und so zu einer höheren Rentabilität zu kommen. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht sehe die Sache aber anders aus. Denn noch immer gibt es laut Experten zu viele Spitäler. Hier sieht Siegenthaler den Kanton als Eigentümer in der Pflicht. «Wir verlangen vom Regierungsrat, dass er den Istzustand aufzeigt sowie Optimie-

rungswege, um die Risiken für den Kanton und letztlich die Steuerzahler zu minieren.»

Keine Rettung

Gleicher Meinung wie Siegenthaler waren SP und Grüne. «Die aktuelle Situation zeigt deutlich, dass die heutigen Steuermechanismen nicht ausreichen», sagte etwa Stefan Jordi (Bern) für die Sozialdemokraten. Anderer Meinung war hingegen Andreas Michel (SVP, Schattenhalb). «Mischt sich die Regierung zu stark ein, dann entlässt sie die Spitäler aus der Kostenverantwortung», sagte er. Und das wäre kontraproduktiv.

Letztlich wurde die Forderung nach einem entsprechenden Be-

richt aber von allen Fraktionen unterstützt und mit 143 zu 2 Stimmen angenommen. Auch Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg war damit einverstanden. Er betonte jedoch, dass die Regierung ihre Aufgaben in der Spitalversorgung ernst nehme und bei Bedarf alle ihr zur Verfügung stehenden Steuermöglichkeiten ausschöpfe. Noch mehr Eingreifen sei nicht sinnvoll, so Schnegg. Er ist denn auch nicht der Meinung, dass der Staat ein finanziell in Schiefelage geratenes öffentliches Spital retten müsse. «Der Kanton ist aufgrund der Bundesvorgaben nur verpflichtet, eine Grundversorgung zu gewährleisten.»

Marius Aschwanden